

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenzeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedwede Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Se. I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 18. Jänner d. J. den Titular-Medizinalrath und Physicus des Kreuzer Komitates, Dr. Joseph Schloffer, zum provisorischen Protomedicus und zugleich Statthalterrath bei dem kroatisch-slavonischen Statthalterrathe allergnädigst zu ernennen geruht.

Das Justizministerium hat eine erledigte Staatsanwaltschaftsstelle im Sprengel des steierisch-kärntnerisch-kraunischen Ober-Landesgerichtes mit dem Dienstcharakter eines Rathsekretärs dem disponiblen Staatsanwaltschaftsubstituten, Jakob Hren, verliehen.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 2. Februar.

Die „Armee für Schleswig-Holstein“ hat die Eider überschritten, ist in Schleswig eingerückt, hat die ersten Schüsse mit den Dänen gewechselt, und es auch schon Blut gekostet. Das geschah an demselben Tage, als das Ministerium im Abgeordnetenhaus in Wien einen vollständigen Sieg über die Resolutionspartei errang. Von ganz besonderer Bedeutung sind die Erklärungen der Minister am Schlusse der Debatte gewesen. Graf Rechberg erklärt: Die Regierung steht einig in ihrer Politik nach Außen und einig in der inneren Politik zur Durchführung der Verfassung; und Ruter v. Schmerling, bestätigend diese Einigkeit im Ministerium, scharf ablehnend die Gerüchte einer Ministerkrisis, erhebt seine Stimme kräftig und laut: Er sei in neuester Zeit wieder von seinem kaiserlichen Herrn bevollmächtigt worden, die Verfassung in ihrem vollen Umfange und im ganzen Reiche durchzuführen.

Solchen Deklarationen gegenüber, welche mit einem gewissen Aplomb von den Ministerstiften den Reichsvertretern und den Völkern gegeben wurden, vorbereitet und absichtlich, konnten die Reden der Abgeordneten, gewandt, geistvoll, pikant, und meist auf das Gefühl berechnet, dennoch nicht Stand halten.

Die Ereignisse in den Elberzogthümern scheinen einen rascheren Gang anzunehmen, als man vermuthet hat. Feldmarschall Wrangel hat ohne Zweifel geheime Befehle befolgt, als er im Widerspruch mit anderweitigen Nachrichten die Kriegooperationen begann. Es wurde nämlich mit der größten Bestimmtheit behauptet, daß nach den getroffenen Vereinbarungen am 6. d. das Ultimatum an Dänemark erlassen und die Eider erst nach erfolgter Zurückweisung des Ultimatus durch die Kopenhagener Regierung, überschritten werden solle. Feldmarschall Wrangel hat dieses Verfahren abgekürzt. Sein Ultimatum bestand darin, daß er den dänischen Befehlshaber schon am 28. Jänner zur Räumung Schleswigs aufforderte, und als er eine befriedigende Antwort nicht erhielt, diese Räumung sofort zu erzwingen beschloß. Damit wurde ein Strich durch die im Zuge begriffenen diplomatischen Verhandlungen gemacht. Schon hatte man von der Etablierung einer neutralen Zone in Schleswig gesprochen, welche, unmittelbar vor dem Dannewerke gelegen, die beiden Parteien auseinanderhalten und neben der Befestigung eines Theiles von Schleswig, und zwar eines längs des nördlichen Eiderufers hinlaufenden Landstreifens, durch die österreichisch-preussischen Truppen, die Wiederaufnahme der diplomatischen Verhandlungen gestatten sollte. So hatte man sich die Sache in London und vielleicht noch anderwärts ausgedacht, und man hoffte auf diese Weise einen alles in Frage stellenden Zusammenstoß mit den Dänen zu vermeiden. Alle diese Berechnungen haben sich nun als unbegründet erwiesen. Wrangel

ging plötzlich und rasch entschlossen vorwärts, und die Diplomatie wird nun nicht eher wieder zum Worte kommen, bis ganz bestimmte, durch die jetzt begonnenen Operationen erzwungene Resultate vorliegen werden.

Es ist in der letzten Zeit viel von den Londoner Stipulationen von 1851 die Rede gewesen, auf welche sich Oesterreich und Preußen bei ihrem politischen Verhalten gegenüber dem ganzen Streite berufen. Der Hauptinhalt derselben ist folgender:

Die dänische Regierung verspricht:

1. Die schleswig'schen Provinzialstände wieder zu errichten.

2. Das Herzogthum in das Königreich nicht zu inkorporiren, auch nicht einen dieß bezweckenden Schritt zu thun.

3. Die gemeinsamen Institutionen (nicht politischer Natur) der Herzogthümer Holstein und Schleswig als solche zu bewahren (den Eiderkanal, die Universität u. c.), sowie auch den privatrechtlichen nexus socialis der schleswig-holsteinischen Ritterschaft).

Dagegen erwarb die dänische Regierung die Zusicherung Seitens Oesterreichs und Preußens:

1. Daß das Prinzip des Schleswig-Holsteinismus definitiv verworfen sein sollte.

2. Daß in Folge dessen weder eine Vereinigung Holsteins und Schleswigs, noch überhaupt irgend welche nähere Verbindung zwischen diesen Herzogthümern, als zwischen einem von diesen und dem Königreiche, gleich oder in Zukunft stattfinden sollte.

3. Daß deshalb namentlich die seit 1834 existirende Gemeinschaft in der Administration und der obersten richterlichen Gewalt für immer aufgehoben sein sollte.

Diese sind allein die staatsrechtlichen Stipulationen von 1851. (Depesche von Kopenhagen, 6. December 1851, Beilage II, Berlin 30. December und Wien 26. December 1851.)

75. Sitzung des Abgeordnetenhauses

am 29. Jänner.

(Schluß.)

Freiherr v. Tull. Er halte das Haus nicht für kompetent, über Fragen anderer Politik sein Wort abzugeben, sondern müsse vielmehr beklagen, daß dem österreichischen Parlamente von dem Minister des Aeußern nicht einmal jene nothwendigen Mittheilungen gemacht werden, wie sie Napoleon seinem sogenannten Corps legislatif macht. Solche Mittheilungen von Aktenstücken seien nothwendig, um über Fragen der Politik sprechen zu können. Auf die Frage eingehend, sagt Redner, seit dem Tode des Königs von Dänemark sei die Frage nicht mehr so leicht zu entscheiden, es handle sich nicht mehr um Holstein, Schleswig sei in die Frage einbezogen. Die Frage sei gestern zu sehr vom juristischen Standpunkte beleuchtet worden. Der Kernpunkt der Frage liege aber darin, daß nach dem Wunsche des deutschen Volkes und der Majorität im Bunde ein neuer Staat geschaffen werden soll, und deshalb sei der politische Standpunkt derselbe, der vorzüglich berücksichtigt werden muß. Die Territorialverhältnisse Oesterreichs seien durch Verträge geregelt, welche Europa einen mehr als 30jährigen Frieden verschafften. Es sei gewiß, daß der Bestand eines neuen Staates von den anderen Mächten garantirt sein müßte, um lebensfähig zu sein, und er glaube, das Ausland werde nicht hinreichend Respekt vor der deutschen Bewegung haben, um zu schweigen. Redner weist auf Italien hin, welches die Bewegung in Deutschland für seine Zwecke auszunutzen suchen wird. Die Frage könne also überhaupt nur mit Zustimmung der anderen Mächte gelöst werden. Alle Parteien im Hause wünschen in erster Linie die Erhaltung des Friedens und

diese werde nur durch die Politik der Regierung erreicht. So lange sie, wie bisher, auf der Basis der Verträge vorgeht, fehlen ihr nicht die Garantien. Wäre der Darmstädter Antrag angenommen worden, hätten die auswärtigen Mächte vollen Grund zur Einmischung, denn dieser Antrag enthalte und bezwecke eine Aenderung der Territorialverhältnisse. Er stehe im Ganzen der gegnerischen Ansicht nicht gegenüber, aber es müßte der Weg europäischer Verträge betreten werden. Sich zu dem Ausschußantrage wendend, erklärt er sich mit dem ersten (Bewilligung von 5,343,950 fl.) einverstanden, und wendet sich zur Resolution. Wenn er es auch sehr gewünscht hätte, daß die Regierung dem Hause Mittheilungen von der gegen Schleswig begonnenen Aktion gemacht hätte, so könne doch von einer Verweigerung des Kredits keine Rede sein, da das Recht über Krieg und Frieden ein unbestrittenes Recht der Krone sei, und wollte man die Führung eines Krieges von der Bewilligung der Mittel abhängig machen, würde dieses Recht illusorisch. Ebenso wie er wünsche, daß die Krone der Legislative ihre Rechte nicht schmälere, ebenso müsse die Legislative der Krone ihre Rechte wahren.

Auf die deutsche Bewegung hinweisend, sagt Redner, vieles in dieser Bewegung sei edel und recht, aber wer stehe dafür, daß es den Führern nicht wie dem „Zauberlehrling“ gehen werde, der die beschworenen Geister nicht bannen kann, und verliert aus der „Frankfurter Zeitung“ einen Aufruf des Sechshundertdreißiger Ausschusses, welcher zum Widerstand gegen Oesterreich aufreize. Der Vorwurf der Unklarheit der Ziele sei unbegründet, denn wenn diese auch sehr klar sind, könne man doch nicht verlangen, daß die Regierung sie an die große Glocke hänge, um ihre Chancen vielleicht unmöglich zu machen. Die Resolution sei so unklar abgefaßt, daß man sie auf die verschiedenartigste Weise interpretiren kann, und es würde durch die Annahme derselben der Regierung der beste Hebel aus der Hand genommen, um die Frage der Herzogthümer im internationalen Wege dauernd zu lösen. — Achtzig Mitglieder hätten sich zu einer Erklärung geeinigt, welche er verlesen wolle. Dieselbe lautet: „In Erwägung, daß die beantragte Resolution nur im Allgemeinen eine Mißbilligung der äußeren Politik der Regierung in der schleswig-holsteinischen Frage ausdrückt, ohne hingegen einen nach der Meinung der Antragsteller richtigeren Weg dieser Politik auch nur anzudeuten, daß somit diese Resolution nicht geeignet erscheint, im Falle ihrer Annahme einen maßgebenden Einfluß auf die von der kaiserl. Regierung künftig einzuhaltende Richtung auszuüben;

in Erwägung, daß hingegen eben diese Unbestimmtheit der beantragten Resolution zu den mannigfachen Interpretationen und Voraussetzungen Anlaß geben kann, wodurch aber die bereits begonnene militärische und diplomatische Aktion Oesterreichs in ihrem günstigen Erfolge wesentlich erschwert werden könnte, und dieß in einem Momente, wo Oesterreichs Fahnen bereits am Eiderstrande wehen;

endlich in Erwartung: die kaiserliche Regierung werde im vollsten Bewußtsein ihrer schweren Verantwortung, sowohl bezüglich der Interessen Oesterreichs, als bezüglich ihrer hervorragenden Stellung als deutsche Bundesmacht alle geeigneten Mittel anbieten, um den Weltfrieden zu erhalten, um eine bundesfreundliche Mitwirkung ihrer deutschen Bundesgenossen baldigst zu erzielen, und um den im Rechte begründeten Ansprüchen Schleswig-Holsteins auf ihrem unzerrenlichen Verband, auf verfassungsmäßige Freiheit und volle Autonomie und auf dauernd gesicherten Schutz der deutschen Nationalität vollständige Geltung und völkerrechtliche Garantien zu verschaffen, stellen die Befertigten folgenden Antrag: Das hohe Haus wolle beschließen: Es sei über die beantragte

Resolution zur Tagesordnung überzugehen.“ Er spreche noch den Wunsch aus, die Regierung möge am Schluß der Debatte durch den Mund des Staatsministers sich über die Politik aussprechen und die Aufklärung geben, ob die Politik des Ministers des Aeußern die des Gesamtministeriums sei. (Er schließt seine Rede mit Beifall des Zentrums.)

Abg. Kuranda. Er wolle auch, wie der Vordner, die politische Seite der Frage in's Auge fassen, obzwar er für die Ausschüßanträge spreche wolle. Man sehe einen Feldzug in Szene gesetzt mit allen Attributen eines langen Krieges und der Zug der Armee gehe nicht durch befreundete Länder, sondern auf längerem Wege durch Länder, die österreichisches Militär seit Wallenstein und Laudon nicht betreten. Man frage, für welches Recht trete Oesterreich ein und man sagt für schleswig'sches Recht. Aber die Schleswiger danken Oesterreich nicht für seine Intervention. Redner bekämpft die Idee des Uebergangs auf Tagesordnung, als der Volksvertretung im gegebenen Momente unwürdig.

Präsident. Er glaube, dieses Wort enthalte den Tadel eines präsumtiven Botoms.

Kuranda. Er glaube, wenn man eine Versammlung persuadiren wolle, seien alle ehrlichen Mittel erlaubt. (Fortfahrend.) Man hätte mit der Aktion warten sollen, bis der darmstädter Antrag eingebracht wurde. Dieser verlangte nichts Anderes, als was die Regierung faktisch thue, nur unter einer anderen Etiquette. Uebrigens sei es sehr zweifelhaft, ob der darmstädter Antrag angenommen worden wäre. Aber gesetzt, er wäre angenommen worden, wäre nicht Oesterreich und Preußen mit der Ausföhrung betraut worden, und hätte es dann nicht alle Mittel zur Aktion in der Hand gehabt? Die Eventualitäten eines Krieges auseinandersetzend, sagt Redner, Oesterreich befinde sich nicht im Zustande des Friedens, sondern des Waffenstillstandes und es bedürfe eines Krieges, um aus diesem prekären Zustande herauszukommen. Nicht nur Oesterreich kenne diesen Zustand, ganz Europa kenne ihn, dieß zeigt der Thermometer der Valuta und es müsse Sache der Regierung sein, daß, wenn der Prüfungstag über Oesterreich hereinbricht, er Oesterreich stark und an der Hand starke Freunde finde. Wäre Oesterreich mit dem Bunde gegangen, hätte es verlangen können, daß, während es in Schleswig für den Bund agirt, der Bund die Garantie für seine italienischen Staaten übernimmt. Bei dieser Gelegenheit hätte es sich vollziehen lassen, daß der Po den Rhein und der Rhein den Po schütze, was für Oesterreich eine glückliche Thatsache gewesen wäre. Einen Blick auf die ausländischen Mächte werfend, sagt Redner, er fürchte England weniger als Frankreich, mit dem Konflikte unvermeidlich sind, und wendet sich zu der Frage, wie werde die Politik ausschauen, wenn unsere Armeen aus Schleswig zurückkommen. Wie wird Deutschland aussehen? Bismarck, ein energischer Mann, werde seine Macht vergrößert haben, der Bund wird durch die Lungen gestochen und Oesterreich genöthigt sein, mit Preußen zu kämpfen und er fürchte, nicht ein Dmüz werde das Resultat dieses Kampfes sein. Er könne nicht glauben, daß diese folgenschwere Aktion eine Improvisation sei, sie müsse einen Schlüssel haben, es muß irgend eine geheime Konvention geben, die, wie er einsehe, nicht veröffentlicht werden könne. Von diesem Standpunkte betrachte er die Resolution. Sie spricht aus: In Berücksichtigung, daß die Ziele unbekannt sind, sagt sich das Parlament von der Verantwortlichkeit los und kann in dem, was es davon kennt, nicht etwas für das Heil Oesterreichs Vortheilhaftes erblicken. (Bravo links.)

Pratobevera schildert zuerst die Vortheile, welche die Verfassung Oesterreich brachte und sagt, die Erhaltung derselben bedinge Uebereinstimmung der Faktoren. Dieß sei seine Ueberzeugung und nur bei redlicher Befolgung dieses Weges könne das Banner Oesterreichs hoch gehalten werden. Zur Frage selbst übergehend, sagt er, er glaube, daß durch die Resolution dem Konstitutionalismus ein schlechter Dienst erwiesen werde. In konstitutionellen Staaten sei die Entscheidung über Krieg und Frieden ein Recht der Krone, obwohl er glaube, daß die öffentliche Meinung, die Stimme der Volksvertretung, werde berücksichtigt werden, trotzdem stehe das Recht aber allein der Krone zu. Er erinnere an die englische Aktion in Portugal und Brasilien, welche die Regierung gegen seine Traditionen, gegen den ausgesprochenen Willen des Volkes unternahm. Im Verlauf seiner Auseinandersetzungen sagt Redner, die Nichtstimmung in Deutschland könne für die Regierung nicht maßgebend sein. Das Haus sei kein deutsches, sondern ein österreichisches Parlament und muß österreichische Interessen zuerst in's Auge fassen. Oesterreich habe noch nicht gegen einen Bundesbeschluß gehandelt, es habe die beschlossene Bundesresolution mitgemacht und sei nun im Begriffe, einen Krieg zu verbinden. Das Zusammengehen mit Preußen, an dessen Spitze ein Mann stehe, der unverholen der Reaktion huldige, könne bei äußerer Aktion nicht maßgebend sein. Man

sah Republiken mit absoluten Staaten zusammengehen, wenn es ihr Interesse verlangte, und vor Kurzem kämpften die Soldaten des allchristlichsten Königs neben dem Halbmond. In der Politik sei der Erfolg Alles und er würde nicht die Verantwortung auf sich nehmen, durch einen Ausspruch hemmend eingewirkt oder den Erfolg in Frage gestellt zu haben. Durch die Resolution nehme aber das Haus eine solche Verantwortung eher auf sich, als durch Stillschweigen, und deshalb sei er gegen die Resolution.

Abg. Skene. Er wolle die Frage auf den natürlichen Boden übertragen. Wer ersprießlich regieren will, müsse den Werth des Geldes kennen. Redner schildert die Finanzlage des Reiches, kommt auf die Zollvereinsangelegenheit zu sprechen, in welcher Preußen sich bestrebe, Oesterreich entgegenzuarbeiten und glaubt, Oesterreich müsse mit Deutschland gehen. Er unterzieht die Motive, welche die Regierung für die Aktion angegeben hat, einer Kritik, sagt, Oesterreich habe die Hälfte seiner Staatsschulden ähnlichen Motiven zu danken und habe auf diese Art einer scheinbaren Machtstellung seine wahre Macht, seine innere Kraft geopfert. Der Erfolg sei nicht sicher, sei nicht klar — klar aber sei die Belastung, die der Bevölkerung daraus erwächst und die Regierung scheint nicht bedacht zu haben, daß es die Kraft, welche das Land einst nöthig haben wird, für kleine politische Aktionen zersplittert. Ein derartiges Vorgehen führe zum finanziellen Ruin und da dürfe die Volksvertretung nicht schweigen. Er stimme für die Resolution, obzwar sie ihm farblos scheine, lieber wäre es ihm gewesen, wenn das Haus ausgesprochen hätte, es halte einen Aggressionskrieg für unvereinbar mit den Interessen des Landes. Er stelle keinen Antrag, um die Stimmen nicht zu zersplittern.

Graf Hartig spricht gegen die Ausschüßanträge. Die Resolution sei bloß negativ, darin sehe er einen Fehler und eine Gefahr. Aus derselben erkenne man nicht, was eigentlich Ansicht der Majorität ist und namentlich in Oesterreich, einem Lande, das aus so vielen Nationalitäten besteht, von denen einige nicht zum Bunde gehören, ist es notwendig zu wissen, welchen Weg die Majorität des österr. Parlamentis geht. Aber auch für die Regierung ist es notwendig zu wissen, welchen Weg die Majorität wünsche, denn aus der Negation könne man alle möglichen Schattierungen heraus lesen. Die Negation spreche also bloß Unzufriedenheit mit der Regierung aus, was nur deprimierend auf die Arme wirken müßte. Alle Parteien könnten übrigens ihre Wünsche in die Negation hineinlegen und zu ihren Parteizwecken verwenden. Redner beleuchtet, welchen Eindruck die Resolution in Deutschland machen würde, wo eine große Exaltation herrsche, die man übrigens begreiflich finden muß, wenn man bedenkt, daß Dänemark 10 Jahre lang deutsche Rechte mißachtet hat. Man müsse aber vom österreichischen Standpunkt aus die Angelegenheit betrachten.

Oesterreich habe die Verpflichtung, Bundesbeschlüsse zu vollziehen und hat diese Pflicht stets erfüllt, es hat aber das Recht, für den Fall, als der Bund zu weit gehen will, die Berechtigung auszusprechen, es gebe dann nicht mit.

(Erzherzog Wilhelm erscheint in der Hofloge.)

Der Bund habe die Erbfolfrage in Schleswig in den Kreis seiner Erwägung genommen, womit er seine Kompetenz überschritten und Kollisionen mit dem Auslande hervorgerufen hätte. Die Zukunft werde anders über die jetzige Politik Oesterreichs urtheilen, wenn sie dieselbe klar und ohne Vorurtheil betrachten wird. Aus diesen und manchen andern Gründen stimme er gegen die Resolution.

Abg. Dr. Schindler wirft einen Rückblick auf die Thätigkeit des Reichsrathes während der Session und sagt, man dürfe sich nicht täuschen, die Stimmung der Bevölkerung über die Resultate sei keine zufriedengestellte. Auf die Frage übergehend, sagt Redner, er spreche vom österreichischen Standpunkte und zwar gegen den Krieg. Der Krieg sei ein Feind des konstitutionellen Lebens und Oesterreich löre nicht gerne Waffen klirren. Redner wirft einen Rückblick auf die Geschichte Oesterreichs seit 1848, zeigt, wie aus dem letzten Kriege Oesterreich sich verjüngte und sagt, man könne es Niemand verargen, wenn er mit mißtrauischen Blicken auf einen neuen Krieg blicke. Die französische Kammer perhorreszire ebenso den Krieg, weil sie das Bedürfnis nach Verjüngung fühle. Redner bespricht die Folgen des Krieges für das Land und die Verfassung und fragt, ob die Provinzen, die wiederholt mit ihren Bedürfnissen und ihren Forderungen vor das Haus traten, den Krieg billigen werden? Der Vertreter der Regierung habe gestern gesagt, der Ausschüß gebe mit der Resolution der Regierung ein Räthsel auf, das sie nicht lösen könne und drohe sie todtschlagen, wenn sie es nicht löst. Er glaube, es sei umgekehrt. Die Regierung gebe dem Hause unlösbares Räthsel auf. Das Haus sei berufen, Ordnung in den Staatshaushalt zu bringen, die Regierung bringe einen Krieg, das sei ein Räthsel, das unmöglich zu lösen. Er glaube deshalb noch

nicht, daß die Regierung das Haus todtschlagen wolle, schon deshalb nicht, weil sie es noch als Vermittler zu manchem Geldgeschäft brauchen werde. (Anhaltende Heiterkeit.) Redner wendet sich gegen das Zusammengehen Oesterreichs mit Preußen und bekämpft die wieder auftauchende Idee der heiligen Allianz, welche auf den Hänken des preussischen Abgeordnetenhauses ausgesprochen wurde. Gefahren für die Verfassung, die man fürchte, kenne er nicht, da sie von allen Faktoren angelobt wurde. Er schließt mit der Erklärung: für die Resolution stimmen zu wollen.

76. Sitzung des Abgeordnetenhauses

am 30. Jänner.

Auf der Ministerbank: Rechberg, Schmerling, Mesfery, Laffer, Plener, Burger, Hein, Hofrath v. Biegeleben (Ministerium des Aeußern), Freiherr v. Mertens.

In der Hofloge: Erzherzog Rainer.

Nach Verlesung des Protokolls wird eine Zuschrift des Kreisgerichtes Bogen vorgelesen, mit welcher dasselbe gemäß der Tiroler Landesordnung die Eröffnung des Vergleichsverfahrens über den Landtags- und Reichsrathsabgeordneten Johann Puzer dem Präsidenten mittheilt. (Präsident erklärt, diese Zuschrift dem Staatsministerium zuzusenden zu wollen.)

Auf der Tagesordnung ist die „Fortsetzung der Debatte über den Nachtragskredit für die Expedition nach Holstein.“

Abg. Sartori. Er hätte eine Einmischung Oesterreichs in schleswig-holsteinische Angelegenheit nicht gewünscht, wenn aber Passivität in der Stellung Oesterreichs als Bundes- und Großmacht nicht möglich war, so könne er die Schritte der Regierung nur billigen. Die ersten Schritte habe Niemand mißbilligt, der Tadel ist nur gegen die Aktion seit 14 Jänner gerichtet, aber auch da könne er nur sagen, daß die Regierung unter den ihr offen stehenden Wegen den besten wählte. Wer dagegen ist, bei dem stehe das deutsche Nationalgefühl in erster, das vaterländische Bewußtsein erst in zweiter Linie. Er glaube, man würde Oesterreich einen schlechten Dienst erweisen, es auf die Bahn der Nationalitätspolitik und zur Vertheidigung eines Privatpräsidenten zu drängen. Er wolle die Sympathien nicht unterschätzen, welche sich für die bedrängten Brüder im Norden kundgeben, er finde es begreiflich, daß die deutschen Staaten sich dafür begeistern, aber dasselbe von Oesterreich fordern, heißt seine Lage mißkennen. Oesterreich darf für eine seiner Nationen nicht thun, was es nicht für alle thun kann. Man werde eine nationale Bewegung nicht verdammen können, nachdem man selbst in solcher Bewegung sich befindet. Man wisse nicht, ob unter den vielen ehrenhaften Männern, welche die Bewegung in Deutschland leiten, sich nicht auch ein Mazzini finde, und deshalb ist es gerechtfertigt, wenn die Regierung behutsam vorgeht. Er werde deshalb für die ganze Forderung der Regierung von 10 Millionen stimmen. Die Bewilligung einer geringeren Summe oder der Beschluß einer Resolution könne nur den Zweck haben, die Regierung zu bewegen, ihre Politik zu ändern, was ihr nicht mehr möglich ist. Die Opposition hätte also nur den Zweck, die Aktion der Regierung zu schwächen.

Dr. Herbst. Er habe die Resolution im Finanzausschüß beantragt und es sei daher seine Pflicht, dieselbe zu vertheidigen. Zuerst wolle er gegen die Form des Tint'schen Antrages sprechen. Uebergang zur Tagesordnung könne nur den Zweck haben, die Debatte über denselben zu beseitigen und kommt am Schluß der Generaldebatte zur Abstimmung, keineswegs aber bei der Spezialdebatte, wie der Antragsteller es wünscht, wo Uebergang zur Tagesordnung über einen einzelnen Punkt nur dessen Ablehnung bezwecken kann, was durch einfache Abstimmung erreicht wird. Redner findet den ganzen Vorgang eigenbümlich und ungewöhnlich. Er wolle den Vorgang nicht bekämpfen, denn erstens sei die Sache zu ernst, um sie mit Paragraphen der Geschäftsordnung in Verbindung zu bringen, und andererseits müssen die Unterzeichner von der Zulässigkeit ihrer Handlungsweise überzeugt gewesen sein; es wäre also nutzloses Spiel, die Formfrage weiter zu behandeln. Redner findet, daß der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung einen andern Zweck haben müsse, als bloße Ablehnung der Resolution und er bedeute nichts Anderes, als die Gründe der Resolution sind richtig, aber die Antragsteller finden es nicht opportun, die Resolution zu beschließen. Redner findet in den Gründen des Tint'schen Antrages nur Momente, die für die Resolution sprechen und sagt unter Anderm: Die Sympathien des Hauses werden immer dort sein, wo Oesterreichs Fahnen wehen, aber deshalb muß es nicht immer die Politik gut heißen, welche die Fahnen dorthin gebracht hat. Die Gründe, welche für die Resolution sprechen, vertheidigt Redner und beruft sich, was die Kompetenz des Hauses betrifft, auf den

Ausspruch des Staatsministers im Finanzausschuss, daß unter Wahrung des Rechtes Sr. Majestät über Krieg und Frieden das Haus berechtigt sei, zur Kritik und zur Mitwirkung bei Ausbringung der Mittel. Oesterreich erwarte, daß das Haus diese Kritik über und sich über die Politik ausspreche, ein Uebergang zur Tagesordnung würde zum mindesten überraschen. Die Lage Oesterreichs fordere Frieden, und wenn die Mittel des Reiches in Anspruch genommen werden, muß es für bestimmte Zwecke und zum Wohle des Staates geschehen.

Auch im absoluten Staate fanden sich die Regierungen stets veranlaßt, wenn sie Krieg begannen, in einer Deklaration dem Volke die Nothwendigkeit desselben darzuthun. Dieß beweist, daß man überzeugt war, das Volk kenne seine Interessen und deshalb muß man auch heute fragen: Welchen Zweck hat man mit dem Krieg? Welches Interesse hat Oesterreich daran? Ein Redner habe die rechtliche Seite der Frage der politischen untergeordnet und sage, es gebe keine Politik gegen oder über das Recht, obzwar es nicht nothwendig, daß man überall dort eintrete, wo ein Recht gefährdet ist. Man habe Vieles als österreichisches Interesse bezeichnet, aber es werde schwer sein, dem Volke klar zu machen, daß es in seinem Interesse liege, daß man jetzt den Krieg beginnt. Durch die Verletzung der Abmachungen vom Jahre 1851 sei Oesterreich nicht gekränkt, denn die Abmachungen haben Deutschland Rechte gesichert, und Deutschland könnte sich in seiner Ehre gekränkt fühlen, nicht aber Oesterreich, welches nur der Mandatar des Bundes war, im weiteren Verlaufe seiner Rede stellt Redner die Interessen des Volkes höher, als die Geltendmachung von Rechten. — Man habe die Integrität Dänemarks als Oesterreich's Interesse bezeichnet, aber er finde es merkwürdig, daß man gegen einen Staat Krieg führt, um die Integrität desselben zu schützen. Da können die Soldaten denken, wir fangen mit dem Ende an und bleiben in Freundschaft mit dem Feinde, der nichts Anderes will, als wir. — Redner bekämpft alle Motive, welche für den Krieg vorgebracht wurden, und wendet sich gegen die Alliance mit Preußen. Man sagte, die innere Gestaltung der Staaten sei nicht zu berücksichtigen, wenn sie zu äußerer Aktion sich einigen, dieß sei theilweise wahr, aber nur wahr, wenn es sich um, den Staaten ferne liegenden Aktionen, nicht aber da, wo es sich um die innere Gestaltung Deutschlands, um die deutsche Verfassungsfrage handelt. Preussisches Interesse liege in dem Kriege, das hörte man in den dortigen Kammerverhandlungen, aber eben deshalb könne er nicht österreichisches Interesse sein, und deshalb sei die Resolution gerechtfertigt. Redner wendet sich gegen jene Argumente, welche gegen die Form der Resolution erhoben wurden, bezeichnet diese als wahr und maßvoll und als einen Akt des Patriotismus (Bravo.)

Brojche erklärt, er werde gegen den Ausschuss-Antrag überhaupt und für die Regierungsvorlage stimmen. Es haben sich zwischen der Regierung und dem Ausschuss Differenzen ergeben, aber es lasse sich nicht klar erkennen, wer mit seiner Ansicht im Rechte sei. Der Ausschussantrag enthalte bloß eine Negation und negieren sei leicht, aber besser machen? — Die Regierung habe ihre Motive und Ziele nicht bekannt gegeben, und deshalb sei die Sache nicht spruchreif und entziehe sich der Kritik. Die Regierung müsse gewichtige Gründe haben, mit Preußen zu gehen, denn sie kenne ebensogut die Gefühle Bischoff's für Oesterreich. Er habe das vollste Vertrauen zu dem Staatsminister Schmerling, und er sei überzeugt, wenn dieser zur Aktion seine Zustimmung gibt, könne keine Gefahr für Oesterreich damit verbunden sein, und deshalb werde er gegen die Resolution stimmen.

Ueber Antrag Kromer wird Schluß der Debatte ausgesprochen und werden die noch eingeschriebenen Redner vom Präsidenten aufgefördert, Generalredner zu wählen. Die Redner für die Ausschussanträge wählen: Dr. Kaiserfeld, die gegen dieselben Dr. Nyger.

Dr. Kaiserfeld: Er gehöre zu Denjenigen, welche in der Verbindung Oesterreichs mit Deutschland eine Existenzfrage sehen, sowohl in materieller als in staatlicher Beziehung, möge nun Oesterreich absolut, oder konstitutionell, oder föderalistisch regiert sein. — Oesterreich sei durch den deutschen Geist erschaffen und durch deutsche Kraft bis heute erhalten worden. Wer sich als Oesterreicher fühlt, wer von österreichischer Integrität spricht, der muß, mag er auf welcher Seite der Leitha immer wohnen, die Ueberzeugung haben, Oesterreich habe seinen Schwerpunkt in Deutschland zu suchen. Von diesem Gesichtspunkte müsse er die Politik der Regierung bedenken. Seit dem Tode Friedrich's VII. hätte die Regierung folgende Stellung einnehmen müssen: Der Londoner Traktat war im Moment des Todes des Königs inhaltslos, da die Bedingungen des Traktats nicht erfüllt waren. Nur so lange er lebte und es möglich war, daß der Traktat existent werde, war Oesterreich an denselben gebunden. Mit dem Tode des Königs hatte die Re-

gierung also nur eine Rücksicht mehr, nämlich ihre Stellung in Deutschland. Das Jahr 1859 habe den Grafen Rechberg überzeugt, daß die Stellung Oesterreichs in Deutschland eine festere werden müsse und dieß war der Gedanke, der zum deutschen Fürstentage führte. Oesterreich dürste nie das Reformprojekt als gesichert betrachten und es brauchte nur eine Gelegenheit, es wieder aufzunehmen. Diese war mit dem Tode Friedrich VII. gegeben, und Deutschland wartete gespannt, was Oesterreich thun werde. Oesterreich mußte Holstein occupiren und die schleswig'sche Frage so lange in Schwebelassen, bis die Successionsfrage am Bunde entschieden war. Preußen wäre dann vielleicht nicht mitgegangen, aber es hätte dem mit Deutschland verbundenen Oesterreich nicht widerstehen können. Die preussische Regierung hätte weichen müssen, was nur ein Glück für das übrige Deutschland gewesen wäre. Oesterreich habe aber den entgegengesetzten Weg gewählt, und will dem deutschen Volke das aufdringen, was es als Großmacht unternommen. Oesterreich hat sich mit einem ephemeren Regimente verbunden, welches endlich weichen müssen wird, worauf Oesterreich ganz allein das Odium dieser Politik wird tragen müssen und isolirt sein wird, wenn es wieder einmal im Namen eines idealen Nationalitätsprinzips angegriffen werden sollte. Er werde deshalb für die Resolution stimmen. Er kenne die Bedeutung einer Resolution, fürchte sie aber nicht. Gefahren für die Verfassung kenne er nicht. Ein Rückschritt würde zu den Männern des Oktobers führen, zur Auflösung nicht zur Lösung, zum Chaos nicht zum Licht. Es liege in dem Unfertigen der Verfassung, daß man der Resolution keine Selbstsucht zum Motive geben könne.

Dr. Anton Nyger: Er sei ein Deutscher und fühle sich als solcher, wenn er trotzdem gegen die Resolution spreche, so thue er dieß in der Ueberzeugung, daß er in anderer Weise Deutschland keinen Dienst erweisen, Oesterreich aber Schaden bringen würde. Sich gegen Kaiserfeld wendend, sagt Redner, Oesterreich sei entstanden 1806, als in Deutschland der Rheinbund florirte und es aus seinen Erbländern sich konstituirte. Den spezifisch österr. Standpunkt festhaltend, sagt Redner, Oesterreich werde stärker und blühender als je dastehen, sei es auch isolirt, wenn alle seine Völker vom österr. Bewußtsein befeelt, festhalten werden an dem Lande und seiner Verfassung. Man verurtheile die Politik der Regierung, ohne ihre Absichten zu kennen, auf Hypothesen hin und in vorgefaßter Meinung, man warte den Erfolg ab und urtheile dann. Auf die Erbfolgefrage eingehend, sagt Redner, das Haus sei gar nicht kompetent, über diese Frage zu urtheilen. Es seien auch nicht die nöthigen Substrate gemacht, um über diese Frage ein reifes Urtheil zu haben. Die Regierung könne nicht verhalten werden, ihre Ziele und Absichten bekannt zu geben, so lange die Aktion dauert, das sei gegen allen parlamentarischen Brauch; in England würde jeder Minister im ähnlichen Falle jede Antwort ablehnen. Erst der Erfolg werde ein Urtheil möglich machen und bis dahin warte man damit. Redner ergeht sich in eine historische Erörterung und zählt alle Fälle von Erbfolgefragen, die die Geschichte in Europa kennt und schließt mit der Bemerkung, die schleswig-holstein'sche gehöre vor ein Austrägalgericht, ob vielleicht das suffrage universelle dabei in Anwendung kommen könne, wolle er nicht beurtheilen, jedenfalls sei es nicht das österr. Parlament, welches abzurtheilen hat. Die Resolution sei ein Misstrauensvotum gegen die Regierung, der man vor wenigen Tagen ein Vertrauensvotum gab. In der Zwischenzeit sei nichts eingetreten, was zum Misstrauen berechtigt und das Haus könne nicht wie eine Wetterfahne seine Meinung ändern. Wenn er heute nicht im Einklange mit seinen politischen Freunden stimme, so geschehe es, weil er das Ministerium nicht schwächen wolle, das stark sein muß zum Fortbau der Verfassung. Der Zweck, den die Resolution haben sollte, sei übrigens durch die dreitägige Debatte genügend erfüllt.

Dr. Giska ergreift als Berichterstatter das Wort, um in längerer Rede die Ausschussanträge und die Resolution gegen die gegen dieselbe vorgebrachten Argumente zu vertheidigen.

Dr. Berger zieht den ersten Antrag, betreffs des unbegrenzten Credits zurück, modifizirt den zweiten dahin, daß er als Zusatz der Resolution angehängt werde und hält den letzten, daß statt 5 Mill. nur 1,571.750 fl. bewilligt werden, aufrecht.

Es wird zur Spezialdebatte geschritten. Bevor zu Art. I geschritten wird, stellt Präsident die Unterstüßungsfrage zu Antrag Berger auf Einstellung von 1,571.750 fl. und wird derselbe nicht hinreichend unterstüßt.

Bei Art. I ergreift Grocholski (Galizien) das Wort, um den Antrag zu stellen, daß in die erste Alinea zwischen die Worte „nachstehender außerordentlicher Kredit“ und „eröffnet“ die Worte eingeschoben werden „aus Reichsmitteln vorbehaltlich der zukünftigen Bestimmung, inwiefern die einzelnen Königreiche und Länder hievon staatsrechtlich betroffen werden.“

Würde dieser Antrag nicht angenommen, so müßten er und seine Gesinnungsgenossen sich der Abstimmung über das vorliegende Gesetz enthalten. (Unterstützt.)

Varitiu (Siebenb.): Er müsse diesen Antrag umsomehr unterstützen, als er darin eine offene Verfassungsfrage erblicke. Er wolle damit nicht sagen, daß die Lösung der Frage sogleich in die Hand genommen werde, sondern wünsche nur, daß es bald geschehe. Man wisse, wie Parteien diese Frage ausbenten und wie namentlich in Deutschland (Nationalverein) man sie benütze, um Deutschland auseinander zu reißen.

Zimmermann (Siebenb.): Wenn Beiträge zum deutschen Bunde aus Reichsmitteln bewilligt werden, so geschehe für die Länder jenseits der Leitha eben nichts Neues. Er wirft einen Blick auf die Zeit von 1848 und sagt, vor dieser Zeit sei nie auf einem siebenbürgischen Landtage (wie die seit 1791 gedruckten Landtagsprotokolle nachweisen) ein Staatsvoranschlag diskutiert worden. Der Fürst hatte das Recht, den Ertrag der Fiskalgüter, Domänen und Salzgefälle einzuziehen, ohne über ihre Verwendung Rechenschaft zu geben. Diese Gelder floßen nach Wien und trugen zu den allgemeinen Auslagen bei. Siebenbürgen hat also faktisch mit einer Quote zu den Matrikularumlagen beigetragen. Redner weist nach, daß der Kaiser von Oesterreich nach den ältesten Wahlkapitulationen stets das Recht hatte, Krieg zu führen, Verträge abzuschließen zc. ohne Mitwirkung der Landtage. Er weist darauf hin, wie deutsche Macht Ungarn und Siebenbürgen vom türkischen Joche befreiten und welche materielle Lasten den Deutschen aus diesen Kriegen erwachsen. Das materielle Wohl des jetzigen Oesterreichs hänge ab von dem Zusammengehen mit Deutschland. Das fühle man auch jenseits der Leitha.

Groisz (Siebenb.): Da die Provinzen jenseits der Leitha in keiner Verbindung mit dem deutschen Bund stehen, dieser an sie also keine Ansprüche hat, müsse er den Antrag Grocholski unterstützen.

Schuler-Libloy (Siebenb.) weist auf die Verfassung hin, welche die Finanzen zu allgemeiner Reichsangelegenheit machte und die Siebenbürger seien eben zur Verathung derselben im weiteren Reichsrathe, es gebe keine siebenbürgische Finanzen mehr.

(Schluß der Debatte wird beantragt und angenommen, ebenso Schluß der Sitzung 3 Uhr 40 Min. Ein Antrag Tinkl's, um 5 Uhr die Sitzung wieder zu eröffnen, bleibt in der Minorität.)

Oesterreich.

Wien, 30. Jänner. Sr. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchstem Handschreiben vom 25. Jänner l. J. aus besonderer Gnade die wegen Mitschuld an dem Vergehen der Aufwiegelung verurtheilten Dr. Max Friedländer und Adolph Werthner gänzlich zu begnadigen geruht. Die Verurtheilung war wegen eines von dem deshalb ebenfalls verurtheilten Herrn Anton Marek in Prag in der „Presse“ veröffentlichten, gegen die Prager Bergbauhauptausschuss gerichteten Inserats erfolgt, und zwar war Herr Dr. Max Friedländer zu dreiwöchentlichem, Herr Adolph Werthner zu vierzehntägigem einfachen Arrest durch das k. k. Wiener Landesgericht am 20. Mai 1863 verurtheilt worden.

Wien, 29. Jänner. In ganz Galizien zirkulirt das Gerücht, es werde von dem Zamoyst'schen Lager aus stark und mit Aussicht auf Erfolg an einer Ausöhnung zwischen Polen und Rußland gearbeitet. In Folge dessen werde der Aufstand im Frühjahr nicht ausbrechen; noch wird hinzugefügt, daß dieser Ausgleich lebhaft von Frankreich unterstützt wird.

Wien, 1. Februar. Die aus der „Breslauer“ und der „Schlesischen Ztg.“ in Blätter übergegangene Nachricht von der bevorstehenden Absendung weiterer österreichischer Truppen nach Holstein sind wir ermächtigt für durchaus unbegründet zu erklären. (W. A.)

Ausland.

Hamburg. Die ganze Haltung der hiesigen Einwohner ist durchaus gemessen und die Gesinnung in jeder Weise den österreichisch-preussischen Truppen freundlich und entgegenkommend. In den öffentlichen Lokalen findet man österreichische und preussische Offiziere in bester Eintracht vereint. Hier hört man von dem Feldzuge aus Italien, dort aus Ungarn, an einer andern Stelle von 1848 aus Schleswig erzählen. Seit gestern tragen alle Truppen der verbündeten österreichisch-preussischen Armee eine weiße Binde als Erkennungszeichen um den Arm, und dieses Zeichen alter Waffen- und Siegesgemeinschaft aus den Jahren 1813—1815 ist, wie ich höre, mit allgemeiner Freude angelegt.

Hamburg, 30. Jänner. Laut Kopenhagener Berichten erklärte das Kopenhagener Kabinet, in keinem Falle schon das Ueberfahren der Elbe durch die allirten Truppen als eine feindselige Aggression betrachten zu wollen. Man schreibt diesen Entschluß

des Kopenhagener Kabinetts dem Andringen Englands zu, welches das österreichisch-preussische Ultimatum zu einem abermaligen Vermittlungsversuch benutzen will.

Der Bericht des Herrn v. d. Pfordten in der Erbfolgefrage ist nach der „Nordb. Allg. Ztg.“ vollendet. In demselben wird im Einverständnis mit Sachsen und Württemberg die Thronfolge in Schleswig-Holstein dem Herzog von Augustenburg, die in Lauenburg dem dänischen Königshause zugesprochen.

Ueber die großen Requisitionen der dänischen Armee in Südschleswig und den Druck, welchen die dortige Bevölkerung zu ertragen hat, ist bereits wiederholt berichtet. Es scheint aber dieser Gegend noch Schlimmeres in der Art bevorzusehen. So sind in mehreren Dörfern von den dänischen Militärbehörden Verzeichnisse aufgenommen worden, über die Anzahl der Pferde und Fuhrwerke, welche die Einwohner besitzen, und es dürfen dieselben nicht ohne militärische Erlaubnis von den Eigentümern aus den Ställen geführt werden.

Aus Kiel, 28. Jänner, berichtet die „S. V. H.“: Dem Vernehmen nach hat das preussische Oberkommando 2600 Wagen requirirt.

Die herzogliche Landesregierung zu Kiel hat dem Rendsburger Magistrat den Befehl erteilt, zur eventuellen Aufnahme von 1000 Kranken schleunigst ein Militär-Hospital einzurichten. Die betreffende Ordre gelangte gestern per Telegraph nach Rendsburg. Der neue schleswigsche Minister Johannsen hat den schleswigschen Gutsbesitzern das Recht zur Ausübung der gutherrlichen Gerichtsbarkeit entzogen, weil dieselben trotz einer dritten Aufforderung den Schuldigungsseid an den Dänenkönig verweigerten.

Kiel, 30. Jänner (Abends). Die Dänen werfen bei Eckernförde Schanzen auf; die dänischen Schiffe befinden sich im Eckernförder Hafen.

Kiel, 31. Jänner. Herzog Friedrich ist heute von Neudorf zurückgekehrt. Laut heutigem Armeebefehl führen die Austro-Preußen den Namen: Armee für Schleswig-Holstein.

Rendsburg, 31. Jänner. Die österreichischen Vorposten, 3 bis 4 Stunden von hier, rekognoscirten gestern und heute das Kronenwerk.

Rendsburg, 31. Jänner (Abends) Scharfer Frost. Die österreichischen Vorposten, welche drei Viertelstunden von hier stehen, rekognoscirten gestern und heute das Kronenwerk. Nachmittags ist das dritte sächsische Infanteriebataillon und die erste sechsplündige Batterie eingerückt. G. M. Brangel langte mit einem Privatfuhrwerke hier an und verweilte eine Stunde. Das Generalquartier wurde von Bordesholm nach Emsendorf vorgeschoben.

Heute Abends ist kein Eisenbahnzug aus Schleswig hier angekommen. Um 8 Uhr wird Prinz Friedrich erwartet.

Altona, 31. Jänner. Jütland und die dänischen Inseln sind vollständig von Militär entblößt; nur in Kopenhagen befindet sich noch einige Artillerie und etwas Reiterei. Der Wachdienst wird dort von Marinetruppen versehen. Alle dänischen Streitkräfte sind an der Schlei und dem Danewerk konzentriert. Rendsburg ist bis auf das Wachdetachment geräumt, alles Material von dort abgeführt.

Kopenhagen, 31. Jänner. Die Gesandten Oesterreichs und Preußens reisen Abends ab. Im

Folkething wurde die Adresse gestern angenommen. Der König reist wahrscheinlich bald zur Armee ab.

London, 31. Jänner. Der „Observer“ schreibt, die Nachrichten von Kabinettspaltungen seien erlogen; sämtliche Minister seien für die Erhaltung des Friedens einig. Die Traktatmächte besäuwerten ebenfalls allesammt die Aufrechterhaltung des Londoner Traktates.

Bukarest, 30. Jänner. Im Ministerium herrscht Uneinigkeit. Einem Gerüchte zufolge hätte der Ministerpräsident Cogolnitschiano seine Demission angeboten.

New-York, 21. Jänner. Ein Gerücht will wissen, Longstreet habe sich durch 2 Divisionen der Lee'schen Armee verstärkt und marschiere gegen Knoxville. Es wurde die diplomatische Korrespondenz des Washingtoner Kabinetts veröffentlicht. Edward schreibt an den amerikanischen Gesandten zu Paris, Mr. Dayton: Amerika habe weder das Recht, noch die Absicht, in Mexiko mit Macht zu interveniren. An den amerikanischen Gesandten zu London, Mr. Adams, schreibt er: Amerika beharre darauf, England für den durch den Konföderirten-Dampfer Alabama verursachten Schaden verantwortlich zu machen.

Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Kaibach, 3. Februar.

Unser Landtag soll, wie wir hören, erst nach Oftern einberufen werden. Da dem Gemeindegesetze die kaiserliche Sanktion nicht zu Theil wurde, so werden die beanspruchten Paragrafen nochmals zur Berathung gebracht werden.

Seit einigen Tagen ist hier beim Herrn Orgelbauer Deu am Raan ein Gegenstand zu sehen, der geeignet ist, die Aufmerksamkeit der Musikfreunde im hohen Grade auf sich zu lenken. Besagter Meister, der schon mehrere Orgeln von vorzüglicher Güte in Krain und Istrien aufstellte, arbeitet nun an einem großen derartigen Werke für die Pfarrkirche h. Kreuz bei Sauerbrunn in Steiermark und hat soeben zwei Zinn-Pfeifen fertig gemacht, von denen man wohl sicher sagen kann, daß sie an Größe alles bisher hier Gesehene weit übertreffen; denn sie haben eine Länge von je 14 Schuh und einen Durchmesser von 8 bis 9 Zoll; im Gewichte hat jede mehr als 70 Pfd. Auch die Arbeit ist in jeder Hinsicht lobenswerth und das Material vorzüglich.

Einem Gensdarm wurde vom Dachboden in der Kaserne aus seiner gewaltsam aufgebrochenen Kiste ein Geldbetrag von 50 fl., größtentheils in Silber, durch unbekannte Thäter gestohlen.

Am 30. v. M. Abends wurde an einem Schopfen des Hausbesizers Wally, Hühnerdorf Nr. 15, durch unbekannte Thäter Brand gelegt, das Feuer, aber glücklicher Weise bald entdeckt und gedämpft.

Der Tagelöhner Franz D. von St. Veit wurde wegen betrügerischer Herauslockung von 32 fl. zum Nachtheile der hiesigen Schmierfabrik verurtheilt.

Die „Danica“ macht ihren Lesern folgende Mittheilung: Da es dem Publikum bekannt ist, daß die „Danica“ wegen des Artikels „Gleichberechtigung der Konfessionen“ nach §§. 303, 307 und 239 St. G. (Beleidigung einer gesetzlich anerkannten Kirche oder Religionsgenossenschaft) in Anklagestand versetzt wurde, so zeigen wir an, daß das h. k. Oberlandesgericht in Graz am 12. Jänner der Redaktion der „Danica“ ein sehr schönes, auf unumstößlichen Gründen basirtes Schuldslosigkeitszeugniß zukommen ließ.

Aus Gilly wird der „Tagespost“ geschrieben: Die Gewerkschaft Store soll noch mit einer Lieferung von beiläufig 160 Panzerplatten an das Militärärar im Rückstande sein, wofür bereits ein Voranschuß an dieselbe erteilt wurde.

Jürst Petrucci, der frühere neapolitanische Gesandte in Wien, ist vorgestern in Triest gestorben.

Die Grazer „T. P.“ dementirt die tendenziösen Gerüchte von dem Rücktritt des Grafen Strassoldo vom Statthalterposten und sagt, daß das Verbleiben Sr. Excellenz außer Frage steht.

Veränderungen im Clerus der Kaibacher Diocese. Herr Josef Golic, Lokalist im Ruhestande, starb am 19. v. M. in Nieg (Gottschee.)

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Wien, 1. Februar. Tinti's Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wurde mit 103 gegen 59 Stimmen angenommen.

Berlin, 1. Februar. Von der Polengrenze wird unter dem heutigen Tage gemeldet: Die Regierung soll zufällig auf einer Spur des Archivs der Nationalregierung gekommen sein. Es werden deshalb seit einigen Tagen in Warschau bedeutende Hausdurchsuchungen und Arrestirungen vorgenommen.

Darmstadt, 1. Februar. Der gestern versammelte hessische Hilfsausschuß für Schleswig-Holstein beschloß die Berufung einer Landesversammlung nach Darmstadt für den 7. d. M. Ein vorläufiger Antrag lautet auf sofortige Anerkennung Herzog Friedrich's und auf die militärische Einigung der bundes-treuen Regierungen gegen fremde Bergewaltigung.

Hannover, 1. Februar. Eine königliche Proklamtion beruft die Ständeversammlung zur ersten ordentlichen Diät auf den 18. Jänner zusammen.

Hamburg, 31. Jänner (Nachts.) Nachrichten aus Kopenhagen zufolge ist Prinz Friedrich von Hessen mit Gemalin nach der Schweiz abgereist.

Hamburg, 1. Februar. (Vormittags 5 Grad Kälte.) Die Telegraphendrähte nach Dänemark wurden, wahrscheinlich in Rendsburg, abgeschnitten.

Kiel, 1. Februar. Die österreichischen Truppen wurden heute 5 Uhr Morgens alarmirt und haben um 7 Uhr die schleswigsche Grenze überschritten. Das Hauptquartier befindet sich in Gottorp.

Kiel, 1. Februar. Ein hier eingelangtes Telegramm meldet: Gestern wurde ein preussischer Vorposten erschossen und eine dänische Schleichtpatrouille gefangen. Der Uebergang bei Königshöhe erfolgte schon gestern.

Kiel, 1. Februar (Abends.) Heute Mittags Gesecht der preussischen Artillerie mit zwei dänischen Schraubenschiffen vor Eckernförde. Die Schiffe verließen schließlich den Hafen. Die Stadt wurde von den Preußen genommen. In Gottorp proklamirte Graf Baudissin mit den Rittergutsbesitzern und Ortsbewohnern den Herzog Friedrich.

Rendsburg, 1. Februar. 7 1/2 Uhr Morgens. Soeben fand der Uebergang der österreichischen Regimenter Hessen und Belgier über die Eisenbahnbrücke gegen das Kronenwerk Statt. Die Dänen flüchteten nach einigen gewechselten Schüssen. Keine Verwundeten. FML. Gablenz leitet den Uebergang. Allgemeines Vorrücken durch das geräumte Kronenwerk. Brangel und die preussischen Prinzen sind durchpassirt. Heute wird ein Gesecht erwartet. — Schönes Wetter.

Paris, 1. Februar. Bei Empfang der Adressdeputation erklärte der Kaiser, daß die Diskussionen nicht unnütz gewesen seien. Er konstatarie, daß seit 60 Jahren die Freiheit den Parteien dazu diene die Regierungen zu stürzen. So dürfe es nicht mehr sein. Der wahrhaft fruchtbare Fortschritt ist eine Frucht der Erfahrung; sein Gang wird nicht durch systematische und ungerechte Angriffe, wohl aber durch die innige Einigkeit der Regierung und der Majorität beschleunigt werden. Erwarten wir die Eintracht und die Zeit der möglichen Verbesserungen, damit die Hoffnung auf das chimärische Bessere nicht das jetzige Gute kompromittire.

Börsenbericht.

Wien, den 1. Februar.

Die Börse war über die schlechten auswärtigen Notirungen und die Nachrichten aus England sehr flau gestimmt. — Alle Papiere schlossen matter, am meisten gedrückt waren Metalliquis-Obligationen, verlosbare Bankpandbriefe, Kredit-Aktien, und 1860er-Ren. (nach der Ziehung 90.75). Wechsel auf fremde Plätze wurden um 1% höher bezahlt, waren jedoch in kurzen Sichten viel ausgeboten. Geld flüssig.

Table with multiple columns: Öffentliche Schuld, Aktien (pr. Stück), Wechsel, Cours der Goldsorten. Includes data for various bonds, stocks, and gold prices.

Verantwortlicher Redakteur: Ignaz v. Kleinmayr. Druck und Verlag von Ignaz v. Kleinmayr & Fedor Bamberg in Laibach.

Hiezu ein halber Bogen Intelligenzblatt.